



Bundestags- brief

Nr. 197 • Die Woche im Bundestag • 09.09.2016



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Ein spannender Herbst liegt vor uns

Die Sommerferien haben nicht nur für Berlins Schülerinnen und Schüler am vergangenen Sonntag ein Ende gefunden, sondern auch die Politik ist aus der Sommerpause zurückgekehrt, und es liegt ein spannender Herbst vor uns. Mit den Beratungen zum Bundeshaushalt 2017 und den Landtagswahlen in Berlin und den Kommunalwahlen in Niedersachsen steht unser Land vor wichtigen Weichenstellungen.

Bereits am Sonntag stand mit den Wahlen in Mecklenburg Vorpommern ein wichtiger politischer Termin an. Die Verluste der CDU bei der Landtagswahl in Mecklenburg Vorpommern waren enttäuschend, daran gibt es nichts zu rütteln. Aber wir sollten nicht übersehen, dass SPD und Linkspartei weit mehr Stimmen verloren und die Grünen sogar aus dem Schweriner Landtag ausgeschieden sind.

Zudem unterscheidet Mecklenburg Vorpommern sich in sozialer, wirtschaftlicher und demographischer Hinsicht stark von vielen anderen Bundesländern. Gerade der Stadtstaat Berlin, in dem am 18. September 2016 die Wahlen zum Abgeordnetenhaus stattfinden, hat mit dem Flächenland im Nordosten nicht viel gemein.

Deshalb lassen wir uns den Mut nicht nehmen und packen weiter an, um die zweite wichtige Wahl in diesem Jahr für die CDU erfolgreicher zu gestalten.

Und wir haben gute Argumente auf unserer Seite: Seit die CDU in Berlin mitregiert, verzeichnet die Stadt endlich wieder Haushaltsüberschüsse, und das Wirtschaftswachstum liegt konstant über dem gesamtdeutschen Durchschnitt. Berlin hat weiter an Attraktivität gewonnen und zieht in jedem Jahr mehr als 40.000 Menschen an, die sich in unserer Hauptstadt niederlassen wollen.

Die CDU im Berliner Senat hat daran entscheidend mitgewirkt: Wir haben mit dem „Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt“ dafür gesorgt, dass die Hälfte der Haushaltsüberschüsse, die Berlin derzeit verzeichnet, in Investitionen fließt, die die Infrastruktur unserer Hauptstadt endlich wieder stärkt.

In der Bildungspolitik haben wir Experimente zu Lasten der SchülerInnen verhindert. Wir haben einen Schulfrieden durchgesetzt und ideologischen Schulexperimenten ein Ende gemacht. Wir haben die Vielfalt der Schulformen erhalten, damit alle Kinder in der Schulart, die ihren Begabungen entspricht, individuell bestmöglich gefördert werden können. Dazu gehören auch starke Gymnasien als eine tragende Säule der Berliner Bildungslandschaft.

Die Umfragen sagen für Berlin eine enge Wahlentscheidung voraus. Deshalb ist es wichtig, dass wir die KandidatInnen der CDU im Berliner Wahlkampf entschlossen unterstützen. Ich selbst war in den vergangenen Tagen unter anderem in Reinickendorf, Schöneberg und Wilmersdorf unterwegs und habe mich von der wertvollen Arbeit überzeugt, die die Mandatsträger der Union auf allen Ebenen für unser Gemeinwesen in Berlin leisten.

Wo die CDU regiert, geht es den Menschen besser. Das gilt seit vielen Jahren im Bund und für viele erfolgreiche Bundesländer. Und es gilt auch für Berlin, dessen Entwicklung sich in den vergangenen fünf Jahren gerade in wirtschaftlicher Hinsicht sehen lassen kann.

Für die Fortsetzung dieses Kurses gilt es zu werben, damit aus einem spannenden auch ein erfolgreicher Herbst für die CDU wird.

Stabilitätsanker Bundeshaushalt

Sowohl im Bundeshaushalt 2017 als auch in der mittelfristigen Finanzplanung setzen wir unsere Schwerpunkte auf die innere und äußere Sicherheit sowie den Ausbau der Infrastrukturinvestitionen. Wir stocken etwa die Ausgaben für innere Sicherheit bis 2020 um insgesamt fast 2,6 Mrd. EUR auf. Für Arbeit und Soziales geben wir Milliarden mehr aus, in Bildung und Forschung investieren wir im nächsten Jahr 1,2 Mrd. EUR mehr – das alles zeigt: Wir investieren auf allen Gebieten, die den Bürgern konkret zu Gute kommen.

Mit dem Bundeshaushalt 2017 haben wir zudem die Chance, die gesamte Wahlperiode ohne Neuverschuldung zu gestalten. Damit pflegen wir den Markenkern der Union, entlasten die jungen Generationen und erarbeiten dem Bund immer größere Spielräume der politischen Gestaltung.

Ergebnisse der Klausurtagung des Fraktionsvorstandes

Auf der Klausurtagung des Fraktionsvorstandes haben wir uns in der vergangenen Woche nicht nur mit dem Bundeshaushalt beschäftigt, sondern auch die Weichen für mehr innere und äußere Sicherheit gestellt.

Unser Gast, NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, sprach sich für eine klare Haltung gegenüber Russland aus und lobte den deutschen Einsatz für ein friedliches, aber selbstbewusstes Europa. Gleichzeitig haben wir mit unserem Positionspapier zur inneren Sicherheit weitere Möglichkeiten zusammengestellt, mit denen der islamistische Terrorismus bekämpft werden soll.

Weiterhin wollen wir Kinderehen in Deutschland verbieten. Arrangierte Ehen mit 14 oder 15 Jährigen sind mit unseren Werten unvereinbar. Schließlich haben wir beschlossen, die Digitalisierung der Bildung, der Wissenschaft und der Forschung durch fünf zusätzliche Initiativen ab 2017 zu verstärken.

Deutschland profitiert von Globalisierung

Bedingt durch die voranschreitende Globalisierung hat sich das deutsche Bruttoinlandsprodukt seit dem Jahr 1990 jährlich um durchschnittlich 1.130 EUR pro Kopf erhöht.

Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Bertelsmann Stiftung, die dazu die Auswirkungen der Globalisierung auf 42 Staaten – darunter sowohl Industrienationen als auch Schwellenländer – untersucht hat.

Zwar geht die durch einen Index gemessene Globalisierung seit der Wirtschafts- und Finanzkrise 2007 flächendeckend zurück, trotzdem erzielt Deutschland zusammen mit weiteren Industrieländern wie Japan, der Schweiz, Finnland und Dänemark immer noch die höchsten globalisierungsbedingten Zuwächse beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf.

Die fortschreitende Globalisierung sorgte dafür, dass das Bruttoinlandsprodukt in der Gesamtheit aller 42 untersuchten Länder seit 1990 im Schnitt um fast 970 Mrd. EUR pro Jahr gewachsen ist – dies entspricht in etwa der Wirtschaftsleistung einer mittelgroßen Volkswirtschaft wie Spanien oder Südkorea.

(Quelle: Bertelsmann Stiftung)

Einkommen steigen stärker als Mieten

Die Mieten bleiben in Deutschland in der Breite stabil oder werden relativ zum Einkommen sogar günstiger. Zwar stiegen die Mieten seit 2010 durchschnittlich um 10,2 Prozent, im gleichen Zeitraum erhöhten sich die durchschnittlichen Einkommen jedoch auch um 11,5 Prozent.

Wer 25 Prozent seines verfügbaren Einkommens für Miete ausgibt, bekommt durchschnittlich 94 Quadratmeter Wohnfläche – zwei Quadratmeter mehr als noch vor sechs Jahren. Im Landkreis Dingolfing-Landau reicht ein Viertel des Durchschnittseinkommens für 125 Quadratmeter Wohnfläche, in den Studentenstädten Trier, Freiburg, Heidelberg und Würzburg für lediglich 60 Quadratmeter.

Selbst in den Großstädten München und Frankfurt konnte die entsprechende Wohnfläche um einen beziehungsweise drei Quadratmeter zulegen. Überproportionale Mietsteigerungen konzentrieren sich nach Angaben des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln auf wenige Orte wie Berlin, Stuttgart oder Dortmund, wo die Kaufkraft nicht im selben Maße stieg wie die Preise.

(Quelle: IW Köln)